

- Verbraucherpreise steigen in Hamburg um 8,5 %
- Arbeitslosigkeit in Hamburg steigt
- Diakonie Positionspapier zur Kindergrundsicherung
- Deutliche Unterdeckung des Regelsatzes durch Inflation
- DIW: Midijob-Reform: Mehr Umverteilung in der Rente, aber nicht zielgenau
- Digitale Beratung - Nutzung von Online-Tools für aufsuchende Arbeit und Information von Ratsuchenden

März 2023

Liebe Leser*innen,

herzlich Willkommen zur ersten Ausgabe des Newsletters Arbeitsmarktpolitik und Existenzsicherung im Jahr 2023. Hamburg ist geprägt durch steigende Verbraucherpreise, welche sich bei allen Hamburger*innen im Alltag niederschlagen. Diese Ausgabe legt ihren Schwerpunkt auf die Folgen der Inflation auf einkommensarme Hamburger*innen, die von Sozialleistungen leben müssen. Denn steigende Verbraucherpreise trifft alle Hamburger*innen, jedoch ganz besonders hart Hamburger*innen, die von Sozialleistungen leben müssen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Unter diesem Blickwinkel warten auf Sie folgende Themen:

- relevante Fachinformationen rund um Armut und Arbeitsmarktpolitik in Hamburg mit Beiträgen zur Entwicklung der Inflation, Arbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit und Grundsicherungsleistungen
- fachliche Positionierungen zum Thema Kindergrundsicherung und gemeinwohlorientiertes Wohnen
- sozialrechtliche Entscheidungen
- Arbeitshilfen
- Veranstaltungstipps

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre und viel Spaß beim Lesen.

Arbeitsmarktpolitik und Armut in Hamburg

Verbraucherpreise steigen in Hamburg um 8,5 %

In Hamburg steigen die Verbraucherpreise weiter, meldet das Statistikamt Nord. Die Verbraucherpreise in Hamburg sind im Februar 2023 um 8,5 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen. Einige regelsatzrelevante Bereiche sind besonders von den Kostesteigerungen betroffen. So sind die Kosten für Nahrung im Februar 2023 um 18,6 % gestiegen, die für Energie (Strom, Gas, Brennstoffe) sogar um 39,9% %. Besonders hart trifft dies einkommensarme Hamburger*innen, die von Sozialleistungen leben müssen. Das Ende des Geldes im Monat wird bei diesen Haushalten immer schneller erreicht. Schon allein die immensen Preissteigerungen bei Strom können Sozialleistungsberechtigte in Hamburg über den Regelsatz nicht stemmen. Die Diakonie Hamburg setzt sich für eine deutliche Erhöhung der Regelsätze ein und fordert die Überführung des Stromkostenanteils in die Kosten der Unterkunft.

Download

[Verbraucherpreisindex Hamburg Februar 2023. Statistikamt Nord.](#)

Arbeitslosigkeit in Hamburg steigt

Arbeitsmarktreport Hamburg: Immer mehr Hamburger*innen sind von Arbeitslosigkeit betroffen. Besonders stark steigt der Anteil der Hamburger*innen, die auf SGB II-Leistungen angewiesen sind. Dies geht aus dem Arbeitsmarktreport Hamburg Februar 2023 hervor.

87.740 Hamburger*innen waren demnach im Februar 2023 arbeitslos gemeldet, 5603

Hamburger*innen mehr als im Februar 2022. Das entspricht einem Anstieg um 7,7 Prozent im

Vergleich zum Vorjahreszeitraum. 53.484 Arbeitslose oder 67,9 Prozent der gemeldeten

Arbeitslosen müssen im Februar 2023 von SGB II Leistungen leben, das sind 10,1 Prozent bzw.

4.889 Personen mehr als im Februar 2022. Von den Leistungsberechtigten im SGB II waren

39,8 Prozent (21.293 Personen) und damit mehr als jede*r Dritte im Februar 2023

langzeitarbeitslos. Die Diakonie Hamburg setzt sich gemeinsam mit Partnern für den Ausbau von öffentlich geförderten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen ein, um der hohen Langzeitarbeitslosigkeit in Hamburg zu begegnen.

Download:

[Arbeitsmarktreport Hamburg Februar 2023. Bundesagentur für Arbeit.](#)

Hamburger Gender Pay Gap über dem Bundesdurchschnitt

Im Jahr 2021 betrug der Bruttostundenverdienst von Frauen in Hamburg durchschnittlich 21,44

Euro. Männer verdienten dagegen 27,12 Euro. Der Verdienstunterschied – der Gender Pay Gap –

betrug somit 5,68 Euro pro Stunde bzw. 21 Prozent, so das Statistikamt Nord. Deutschlandweit lag der Gender Pay Gap im Jahr 2021 bei durchschnittlich 18 Prozent.

Download:

[Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern in Hamburg 2021. Statistikamt Nord](#)

Positionen

Diakonie Position zur Kindergrundsicherung

Die Zahl armer oder von Armut bedrohter Kinder und Jugendlicher nimmt in Deutschland seit

Jahren zu. Aktuell leben mehr als 3 Millionen von ihnen in Armut. Das Bündnis

Kindergrundsicherung, in dem die Diakonie Mitglied ist, hat einen Vorschlag zur Bekämpfung der

Kinderarmut entwickelt. Um das Existenzminimum sicherzustellen, fordert das Bündnis die

Einführung Kindergrundsicherung in Höhe von 746 Euro, welche im Regelsatz anrechnungsfrei bleibt.

Download:

[Bündnis Kindergrundsicherung. Kinder brauchen mehr.](#)

Diakonie Positionspapier: Gemeinwohlwohnungen attraktiv gestalten

Mit dem Positionspapier „Wohngemeinnützigkeit und Gemeinwohlwohnungen attraktiv gestalten –

8 Bausteine aus Sicht der Diakonie Deutschland“ macht die Diakonie Deutschland Vorschläge zur

Ausgestaltung der neuen Wohngemeinnützigkeit, die nach den Vereinbarungen des

Koalitionsvertrages eingeführt werden sollen. Eine Kernforderung ist, das neben Haushalten mit schwachem Einkommen auch andere am Wohnungsmarkt strukturell Benachteiligte als Mieter*innen im Rahmen der neuen Wohngemeinnützigkeit zu berücksichtigen sind, zum Beispiel Menschen mit Bedarf an barrierefreiem Wohnraum, Assistenz oder Pflege und Wohnungslose. Außerdem schlägt die Diakonie Deutschland vor, das Konzept der Gemeinwohlwohnungen umzusetzen, mit dem auch die großen Wohnungsbestände privater Kleinvermieter*innen für gemeinwohlorientierte Vermietung aktiviert werden könnten.

Download:

[Wohngemeinnützigkeit und Gemeinwohlwohnungen attraktiv gestalten. Diakonie Deutschland, Januar 2023](#)

Sozialrecht

Ausschlüsse vom Kindergeld für nicht-deutsche Staatsangehörige sind unzulässig

Es häufen sich bundesweit Meldungen, nach denen Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine mit Fiktionsbescheinigung, die nicht die ukrainische Staatsangehörigkeit haben, vom Jobcenter die Leistungen verweigert werden, da sie keine oder keine ausreichende Arbeitserlaubnis hätten. Solche Leistungsverweigerungen sind rechtswidrig, so die Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender (GGUA) und der Sozialrechtsexperte Harald Thomé. Es besteht auch in diesen Fällen ein Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II.

Mehr Info unter:

[Drittstaatenangehörige aus der Ukraine. SGB-II-Anspruch auch mit Fiktionsbescheinigung, GGUA Flüchtlingshilfe, 20.02.2023.](#)

Kostensenkungsverfahren bei Unterkunftskosten während der Karenzzeit unzulässig

Das SGB II und auch das SGB XII bestimmen, dass für Neuantragstellende in Bezug auf die Unterkunftskosten eine einjährige Karenzzeit besteht (§ 22 Abs. 1 S. 2 SGB II / § 35 Abs. 1 S. 2 SGB XII). Jobcenter/Sozialämter dürfen über ein Jahr bei Neuantragstellenden keine Aufforderung zur Kostensenkung vornehmen, erläutert Sozialrechtsexperte Harald Thomé.

Liegt eine Unterkunft mit unangemessenen Unterkunftskosten vor, darf erst nach Ablauf der Karenzzeit eine Kostensenkungsaufforderung mit einer Frist von sechs Monaten ergehen, um die „unangemessenen“ Kosten herabzusetzen (§ 22 Abs. 1 S. 7 SGB II, § 35 Abs. 3 SGB XII), diese Frist ist nicht auf die Karenzzeit anzurechnen, § 22 Abs. 1 S. 8 SGB II.

Diese Karenzzeit von einem Jahr gilt aber auch für Bestandsfälle, also Menschen und Familien, die sich im laufenden Leistungsbezug befinden (§ 65 Abs. 3 SGB II/§ 140 Abs. 1 SGB XII). Auch in den Fällen, darf ab 1. Januar 2023 kein Kostensenkungsverfahren bis Ende Dez. 2023 ergehen.

Mehr Infos unter :

[Harald Thomé, Newsletter Nr. 07/2023](#)

Arbeitnehmerstatus von EU-Bürgerinnen wird durch Mutterschutz verlängert

Das LSG Sachsen (Urteil vom 6.12.2022; L 4 AS 939/20) hat eine wichtige Entscheidung zum Anspruch auf SGB II-Leistungen für Unionsbürger*innen in familiären Konstellationen getroffen: Der fortwirkende Arbeitnehmer*innenstatus bei Schwangerschaft endet nicht nach sechs Monaten, sondern verlängert sich um die Zeit des Mutterschutzes. Zum anderen führt in dieser Konstellation

der Schutz der Familie dazu, dass auch nach dem Mutterschutz ein Anspruch auf SGB-II-

Leistungen besteht, weil für die EU-Bürgerin ein fiktiver Anspruch auf ein humanitäres oder familiäres Aufenthaltsrecht nach dem AufenthG besteht.

In dem Fall geht es um eine EU-Bürgerin, die mit einem geduldeten tunesischen Staatsbürger ein gemeinsames Kind hat. Die Eltern sind nicht miteinander verheiratet, die Mutter ist während der Schwangerschaft „betriebsbedingt“ gekündigt worden.

Download:

[LSG Sachsen, Urteil vom 06.12.2022 \(L 4 AS 939/20\)](#)

Forschung

Deutliche Unterdeckung des Regelsatzes durch Inflation

Mit der Inflation haben die monatlichen Unterdeckungen des soziokulturellen Existenzminimums stetig zugenommen. Dies zeigt eine aktuelle Expertise von Dr. Irene Becker im Auftrag des DGB. Die verfassungsrechtliche Vorgabe, dass das soziokulturelle Existenzminimum auch im Falle von plötzlichen Preissteigerungen immer gedeckt sein muss, wurde mit den Corona-Einmalzahlungen nicht erreicht. Die Diakonie setzt sich seit langem für deutlich höhere Regelsätze, eine andere Regelbedarfsermittlung und einen Inflationsausgleich in Form eines Krisenzuschlags ein.

Download:

[Becker, Irene 2022: Ermittlung eines angemessenen Inflationsausgleichs 2021 und 2022 für Grundsicherungsbeziehende. 25.11.2022](#)

DIW: Midijob-Reform: Mehr Umverteilung in der Rente, aber nicht zielgenau

Die neuen Midijob-Regelung unterstützt nicht zielsicher die Gruppen, die vor allem einem Altersarmutsrisiko ausgesetzt sind. Um Altersarmut effektiver zu bekämpfen, sollte direkt bei den Rentenanwartschaften der betroffenen Personen angesetzt werden, um diese zu erhöhen. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Seit der Erhöhung der oberen Einkommensgrenze für Midijobs von 1600 Euro auf 2000 Euro pro Monat ab dem 1. Januar 2023 profitieren mehr als sechs Millionen Personen von reduzierten Beiträgen zur Sozialversicherung. Gleichzeitig erhalten sie die vollen Rentenansprüche, obwohl sie geringere Beiträge zur Rentenversicherung zahlen. Trotzdem erhöhen sich die individuellen Alterseinkommen nur wenig.

Download:

[DIW Wochenbericht 7 / 2023](#)

Arbeitshilfen

Sanktionsrecht und Kooperationsplan

Die aktuelle Ausgabe Sozialrecht Justament bearbeitet umfassend die Bereiche Sanktionsrecht und Kooperationsplan im Bürgergeld. Die Ausgabe bietet ein gut lesbares und praxisorientiertes Rechtswissen für alle Fragestellungen rund um dieses Themenfeld.

Download:

[Sozialrecht-Justament, Rechtswissen für die existenzsichernde Sozialberatung, Februar 2023](#)

Textsammlung zum Existenzsicherungsrecht (SGB II, SGB III, SGB XII)

Die umfangreiche juristische Textsammlung zum Existenzsicherungsrecht von Tacheles und

Harald Thomé ist im Nomos Verlag erschienen. Sie bündelt das aktuelle juristische Know-How im SGB II und SGB XII inklusive allen relevanten Verordnungen und Verwaltungsverfahren im SGB I, SGB X sowie den leistungs- und eingliederungsrelevanten Teilen des SGB III und umliegenden Gesetzestexten wie AsylbLG, WoGG ab. Eine sehr fundierte und praktikable Sortierung der Gesetzestexte, welche für die Beratungspraxis sehr zu empfehlen ist.

Mehr Infos unter:

[Existenzsicherung, SGB II | SGB III | SGB XII | Verfahren und begleitende Rechtsgebiete, Nomos-Verlag, 3. Auflage 2023](#)

Aktualisierte Broschüre für die Beratungspraxis: Zugang zum Gesundheitssystem für Unionsbürger*innen

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) und die Gleichbehandlungsstelle EU-Arbeitnehmer (EU-GS) haben die Broschüre Zugang zum Gesundheitssystem für Unionsbürgerinnen aktualisiert. Die Broschüre bündelt unter anderem Informationen zur Europäischen Krankenversicherungskarte, zur Mitgliedschaft in einer gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung, zu Beitragsrückständen oder der Notfallhilfe für Personen ohne Versicherungsschutz. Zudem beinhaltet sie Informationen zur Situation von Staatsangehörigen Großbritanniens und Nordirlands, für die nach dem Brexit neue Regelungen gelten.

Download:

[Zugang zum Gesundheitssystem für Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, Angehörige des EWR und der Schweiz, BAGFW und EU-GS, Oktober 2022.](#)

Veranstaltungstipp

Di., 24.03. von 09:00 bis 13:00 Uhr (Online)

Digitale Beratung - Nutzung von Online-Tools für aufsuchende Arbeit und Information von Ratsuchenden

Im Rahmen des Erasmus+ Projekts "Transnationale Soziale Dienste - TSS" organisiert die Diakonie Hamburg mit Partnern einen Workshop zu Chancen und Risiken der digitalen Beratung in Deutschland und Bulgarien. Für den Workshop sind Kolleg*innen der Föderation unabhängiger Gewerkschaften in der Landwirtschaft aus Bulgarien, vom Basis Projekt in Hamburg und vom Minor Kontor eingeladen, die Beispiele guter Praxis vorstellen werden.

Das vollständige Programm finden Sie unter

[Digitale Beratung – Nutzung von Online-Tools für aufsuchende Arbeit und Information von Ratsuchenden](#)

Di, 16.04.2023 | Palais Esplanade Hamburg

Konferenz zur sozialen Spaltung, Klimapolitik und Ungleichheit.

Klimagerechtigkeit – wie kann sie funktionieren? Dieser zentralen Frage geht die 12. Konferenz zur sozialen Spaltung am 19. April 2023 nach. Im Rahmen von Vorträgen, Arbeitsgruppen und Diskussionsrunden durchleuchten die Teilnehmenden der Konferenz das Thema Klimawandel im Kontext sozialer Ungleichheit und versuchen Antworten auf akute Fragen zu entwickeln.

Ausgerichtet wird die Konferenz von der Evangelischen Akademie der Nordkirche in Kooperation mit der AG SOZIALES HAMBURG.

Mehr Infos unter

[12. Konferenz zur sozialen Spaltung: Klimapolitik und Ungleichheit.](#)

Feedback

Wir interessieren uns sehr für Ihre Meinung. Wie hat der Newsletter Ihnen gefallen? Wir würden uns sehr über ein kurzes Feedback freuen und nehmen gerne weitere Anregungen auf. Eine kurze anonyme Rückmeldung können Sie uns ganz einfach unter folgendem Link geben:

[Feedback geben](#)

Gerne können Sie uns ihr Feedback auch per Mail mitteilen. Schreiben Sie dazu einfach an newsletter-sozialpolitik@diakonie-hamburg.de. Ganz herzlichen Dank.

Falls Sie sich vom Newsletter abmelden wollen schreiben Sie bitte eine Mail an newsletter-sozialpolitik@diakonie-hamburg.de. Vielen Dank.

[Newsletter weiterempfehlen](#)

[Newsletter abbestellen](#)

[Impressum](#)

[Datenschutz](#)

Diakonisches Werk Hamburg –
Landesverband der Inneren Mission e. V.

Königstraße 54
22767 Hamburg
Telefon: 040 30620-325
Fax: 040 30620-340

E-Mail: grabbe@diakonie-hamburg.de

Vorstand: Landespastor Dirk Ahrens (Vs.), Gabi
Brasch, Stefan Rehm

Registergericht: Amtsgericht Hamburg -
Vereinsregister 5936
USt-IdNr. des Werkes: DE 118717860

Verantwortlich für den Inhalt:
Arbeitslosigkeit und Existenzsicherung, Paul Grabbe